

## «Generationenvertrag braucht einen fairen Ausgleich»



Martin Gasche (FOTO: Archiv)

**HALLE/MZ.** Martin Gasche, Leiter der Abteilung Alterssicherung und Sozialpolitik am Mannheimer Forschungsinstitut **Ökonomie** und **Demographischer Wandel**, meint, dass die **Bedeutung der privaten Altersvorsorge wächst.** Mit ihm sprach unsere Redakteurin **Bärbel Böttcher.** (...)

*Wagen Sie eine Prognose: Wie könnte die Rente eines heute 20, 25 Jahre alten Menschen denn aussehen?*

**Gasche:** Nach heutigem Stand der Dinge, wird diese Person in der gesetzlichen Rentenversicherung ein Rentenniveau von rund 40 Prozent des Bruttolohneinkommens realisieren können. Derzeit sind es rund 48 Prozent. Ohne zusätzliche Altersvorsorge ist ein lebensstandardsicherndes Alterseinkommen dann nicht mehr gegeben. Der Vorteil ist aber, dass diese Menschen dies heute schon wissen und genügend Zeit haben, zusätzlich vorzusorgen. Der 20-Jährige zum Beispiel hat bis zum gesetzlichen Renteneintritt 47 Jahre Zeit. Je früher er mit der zusätzlichen Altersvorsorge beginnt, umso besser. Denn dann kann das "achte Weltwunder", der Zinseszinsseffekt, richtig zum Tragen kommen. Kurz: Das Alterseinkommen dieser Menschen wird auf drei Säulen aufgebaut sein müssen: der gesetzlichen Rente, der betrieblichen Altersvorsorge und der privaten Altersvorsorge, zu der auch die Riester-Rente zu zählen ist.

*Hat angesichts der immer älter werdenden Gesellschaft der Generationenvertrag noch eine reale Grundlage oder wird aus dem Generationenvertrag gar ein Generationenkonflikt?*

**Gasche:** Der Generationenvertrag ist vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung bestimmten Spannungen ausgesetzt. Die Zahl der Rentner steigt, die Zahl der Beitragszahler, die die Rentner finanzieren müssen, sinkt. Es ist wichtig, dass die daraus entstehende Last möglichst fair auf die Generationen verteilt wird. Aus diesem Grund hat die Politik den so genannten Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt.

Er führt dazu, dass die Renten im Vergleich zu den Einkommen der Beitragszahler etwas weniger steigen. Steigen die Renten weniger, müssen die Beitragssätze zur Finanzierung der Renten nicht so stark angehoben werden. Wenn man diesen Weg einer fairen Lastverteilung weiter verfolgt und den Leuten klar macht, dass man die Last nicht wegreformieren, sondern nur fair verteilen kann, dann wird der Generationenvertrag halten. Maßnahmen der letzten Jahre wie beispielsweise die Rentengarantie konterkarieren jedoch den fairen Ausgleich.

*Ist das Umlageverfahren an sich noch zeitgemäß?*

**Gasche:** Sowohl das Kapitaldeckungsverfahren als auch das Umlageverfahren bergen spezifische Risiken in sich: das Umlageverfahren vor allem das Lohnsummenrisiko und das demographische Risiko, das Kapitaldeckungsverfahren vor allem das Kapitalmarktrisiko. Um eine Risikodiversifikation zu erreichen, ist eine Mischung der beiden Finanzierungssysteme notwendig. In diesem Sinne ist das Umlageverfahren sehr wohl zeitgemäß. Das Mischsystem ist in Deutschland bereits auf den Weg gebracht. (...)

*Die Gesellschaft wird nicht nur immer älter, es wandelt sich auch die Arbeitswelt. Die Zahl Niedrigeinkommensbezieher steigt. Welche langfristigen Folgen hat das für die gesetzliche Rente?*

**Gasche:** Unterdurchschnittliche Einkommen im Erwerbsleben schlagen sich in unterdurchschnittlichen gesetzlichen Renten nieder. Damit das Alterseinkommen eines Niedrigeinkommensbezieher nicht unter die Armutsgrenze rutscht, ist es erforderlich, dass er zusätzlich vorsorgt, beispielsweise in Form einer Betriebsrente oder Riester-Rente.

*Menschen mit diesen Jobs haben auch kaum Mittel, um privat vorzusorgen.*

**Gasche:** Es mag stimmen, dass diesen Menschen nur wenig Geld zum Sparen bleibt, obwohl auch dies eine Frage der Wichtigkeit ist, die der Einzelne der Altersvorsorge beimisst. Grundsätzlich aber ist gegen dieses Argument einzuwenden, dass der Staat die Riester-Rente enorm fördert, bis zu 92 Prozent der Sparleistung. Ein verheirateter Alleinverdienender mit zwei Kindern und geringem Einkommen zahlt beispielsweise 60 Euro im Jahr, also fünf Euro im Monat. Der Staat

gibt ihm 678 Euro dazu, so dass er eine Sparleistung von 738 Euro hat. Fünf Euro monatlich ist weniger als eine Schachtel Zigaretten.

*Sehen Sie nicht die Gefahr, dass wir eine Gesellschaft der Alten und Armen werden?*

**Gasche:** Nein. Wir werden höchstens eine Gesellschaft der "nominal Älteren". Eine hohe Anzahl an Jahren gelebt zu haben, bedeutet noch lange nicht, alt zu sein. (...) Dass die Altersarmut in Deutschland nicht steigt, haben wir selbst in der Hand. Die Hauptgründe für Altersarmut sind zum einen geringe Bildung, die sich dann in geringen Lohneinkommen niederschlägt, und zum anderen Arbeitslosigkeit. Altersarmut kann man nur wirksam bekämpfen, wenn man sie an der Wurzel packt.

*Was ist zu tun?*

**Gasche:** Wir können es uns einfach nicht mehr leisten, dass jedes Jahr zigtausend Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen. Diese Leute sind die Geringverdiener und Hartz VI-Empfänger von Morgen und die von Altersarmut Bedrohten von Übermorgen. Deshalb gilt es, eine Bildungs- und Wachstumspolitik zu machen, die die Einkommenschancen der Menschen verbessert und die Arbeitslosigkeit verringert. (...)

*Wie kann verlässliche private Vorsorge aussehen? Besteht nicht die Gefahr, dass eine Finanzkrise wie die derzeitige solche Anstrengungen zunichte macht?*

**Gasche:** Studien des MEA haben ergeben, dass die Finanzkrise Umlagesystem und Kapitaldeckungssystem in etwa gleichem Ausmaß getroffen hat, dass diese Betroffenheit aber gar nicht so groß war, wie oft geglaubt wird. Im kapitalgedeckten System bestehen für die Anleger Sicherungsmechanismen. So haben beispielsweise Lebensversicherungen bestimmte Anlagevorschriften und einen Garantiezins. Aber das ist nicht das Wichtigste. Die größte Sicherheit bei der Altersvorsorge ergibt sich aus ihrer langen Laufzeit. Kurzfristige Schwankungen wie die Finanzkrise mögen zwar stark sein, werden sich aber über die Anlagedauer von 30 oder gar 40 Jahren "herausglätten", letztlich also nur wenig bemerkbar machen.

*Der vollständige Artikel erschien in der Mitteldeutschen Zeitung am 25. Mai 2010.*